

„Das Schlaueste bleibt, diese Haftanstalt aufzulösen.“



Interview mit Lars Harms,
Landtagsabgeordneter des SSW,
zur Abschiebungshaft

Reinhard Pohl ist Mitglied im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und hat für das Magazin „Der Schlepper“ drei Landtagsabgeordnete zur Abschiebungshaft befragt.

Lars Harms ist Vorsitzender des SSW im Landtag. Die Gruppe besteht aus drei Abgeordneten.

Der Schlepper: Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, sich für die Abschaffung der Abschiebehaft einzusetzen und die Abschiebehaftereinrichtung in Rendsburg abzuschaffen. Das sind ja zwei verschiedene Fragen. Wie wollt Ihr im Landesrecht weitermachen? Wie wollt Ihr im Bundesrecht weitermachen? Gibt es da Absprachen, in welchem Zeitraum Ihr Euch um welches Thema kümmern wollt?

Lars Harms: Erst mal haben wir jetzt versucht, die Situation in der Abschiebehaft in Rendsburg zu erleichtern. Das ist der erste Schritt, den wir gemacht haben. Der zweite Schritt ist, dass wir uns jetzt überlegen müssen, wie wir bundespolitisch vorgehen. Das ist ja nicht losgelöst voneinander. Eine Überlegung ist, neue Räumlichkeiten zu schaffen, von außen nach innen offen, aber von innen nach außen entsprechend der derzeitigen Gesetzeslage geschlossen. Da müsste man aber gucken, ob es Gebäude gibt, die für solch eine Einrichtung geeignet sind. Eine zweite Möglichkeit wäre es, die betroffenen Menschen dezentral unterzubringen. Es sind ja nicht so viele Menschen, wenn man es mit der Gesamt-Migration überhaupt vergleicht. Gesetzlich ist eben immer noch vorgeschrieben, dass man die Menschen so unterbringt, dass man sie abschieben kann. Aber solch eine Unterbringung ist auch möglich, wenn man sie dezentral unterbringt und zum Beispiel Meldeauflagen anordnet. Das ist eine wesentlich humanere und kosten-

günstigere Variante. Und wenn man so finanzielle Mittel freisetzt, kann man sie auch nutzen, um Integrationsleistungen für diese Menschen zu erbringen. Denn nicht jeder, der in Abschiebehaft ist, muss auch abgeschoben werden. Es ist ein Gutteil von Menschen dabei, die hier auch eine Perspektive haben sollten.

Der Schlepper: Was ist denn aus Sicht des SSW die Priorität: Abschiebehaft humaner gestalten? Oder Abschiebehaft ganz abschaffen?

Lars Harms: Ganz eindeutig: Abschiebehaft abschaffen. Es gibt immer noch eine rechtliche Grundlage, die sagt: Politische Flüchtlinge werden aufgenommen, alle anderen müssen zurück gehen. Das ist der Grundsatz, von dem wir glücklicherweise viele Ausnahmen machen. Ich bin der Auffassung, dass es so sein muss, dass die Leute, die herkommen und von denen wir wissen, dass sie in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimatländer zurück können, und dass sind ja nicht nur Leute, die formal von ihrem Staat politisch verfolgt werden, sondern das sind auch Leute, die zum Beispiel unter religiöser Diskriminierung zu leiden haben, die aufgrund der Angehörigkeit zu einer bestimmt Volksgruppe keine Perspektiven zu Hause haben, dass wir denen frühzeitig, wirklich so früh wie möglich Integrationsleistungen anbieten und es ihnen ermöglichen, sich hier in unserer Gesellschaft zurecht zu finden. Wir müssen ihnen insbesondere ermöglichen, Deutschkurse zu belegen, damit sie hier am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft Fuß fassen können. Unsere Einstellung ist ganz eindeutig: Wir wollen diese Leute hier auch halten. Wir glauben, dass viele Flüchtlinge, die in Abschiebehaft sind, durchaus auch Qualifikationen



Foto: SSW

haben, die wir für unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt nützen können und die wir brauchen.

Der Schlepper: Jetzt sagen die Jahresberichte des Beirates für die Abschiebehaft, dass sich die Zusammensetzung der Abschiebehaftlinge in den vergangenen Jahren entscheidend verändert hat. Als die Anstalt eingerichtet wurde, saßen dort Leute ein, die von den einzelnen Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein abgeschoben werden sollten. Jetzt sind es zu mehr als zwei Dritteln Leute, die ein Asylverfahren in einem anderen Mitgliedsland des Schengener Abkommens haben. Sie werden nur innerhalb Europas hin- und hergeschoben. Deutschland macht es mit Abschiebehaft, andere Länder geben schlicht einen Bescheid und setzen eine Frist, selbst ins zuständige Land für das Asyl zurück zu kehren. Ist diese Veränderung nicht auch ein Grund, die Anstalt in Schleswig-Holstein zu schließen?

Lars Harms: Deswegen haben wir ja auch gesagt, dass die Abschiebehaft überhaupt keinen Sinn macht. Die Menschen, die ein Asylverfahren in einem anderen Schengenland haben, haben hier

ja auch keinen Anspruch auf irgendwelche Leistungen, so dass der Staat sich auch nicht darum „sorgen“ muss, dass er zu viel Geld ausgibt. Humanitär muss man hier und da helfen, aber dauerhaft sind diese Menschen für uns keine finanzielle Belastung. Aus meiner Sicht reicht deshalb ein Bescheid, dass diese Menschen ins Land zurückkehren müssen, wo sie den Asylantrag gestellt haben. Den Zwang jemanden zurück zu schicken gibt es ja eigentlich nur für diejenigen, die hier ein Asylverfahren laufen hatten und hier kein Asyl bekommen haben und auch keinen anderweitigen Bleiberechtsstatus haben. Nur bei diesen Menschen greift das Instrument der Abschiebung. Und das ist eine so verschwindend geringe Gruppe, dass man diese Leute wirklich nicht auch noch in Haft nehmen muss. Hier ist es wirklich sinnvoller, die Leute dezentral unterzubringen. Und dort sind eben auch noch Leute dabei, die einen Gewinn für unsere Gesellschaft darstellen können. Die gesamte Sicht, Flüchtlinge nur daraufhin zu betrachten, wie sehr sie uns „belasten“, ist der falsche Weg. Wir sollten vielmehr gucken: Kann derjenige uns was geben? Können wir etwas erwarten? Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen, deshalb müssen wir schauen, ob jemand eine Chance hat, sich hier eine Perspektive aufzubauen. Wenn dem so ist, warum soll man demjenigen nicht helfen?

Der Schlepper: Wenn man als ersten Schritt auf Landesebene die Haftbedingungen verändert, dann stellt sich die Frage: Das Abschiebegefängnis ist eine Außenstelle des Gefängnisses in Kiel. Das Flüchtlingsheim in Neumünster, die Landesaufnahmestelle ist dem Innenministerium unterstellt. Ist eine Abschiebehaftanstalt im Verbund der Gefängnisse richtig aufgehoben? Oder muss eine Ausreiseanstalt oder wie immer man das nennt nicht eher im Verband der Flüchtlingsheime untergebracht werden?

Lars Harms: Emotional gesehen müsste eigentlich diese Haftanstalt genauso organisiert sein wie die Flüchtlingsheime, also dem Innenministerium direkt unterstellt sein. Allerdings handelt es sich um eine Haftanstalt, und Haftanstalten haben ja ganz bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, auch der Fachlichkeit halber. Deswegen macht es von der Administration her Sinn, die eine Haftanstalt einer anderen Haftanstalt anzuschließen. Der Kopf sagt, die zweite

Variante ist die Schlauere. Das Herz sagt, die erste Variante ist die Schlauere.

Der Schlepper: Geschlossene Jugendheime, als es die noch gab, waren auch dem Jugendministerium unterstellt und nicht dem Justizministerium.

Lars Harms: Das waren eben keine Strafanstalten. Das Schaueste bleibt, dazu stehe ich, diese Haftanstalt aufzulösen. Wenn man die Menschen anders unterbringt, stellt sich das Problem nicht mehr.

Der Schlepper: Jetzt sagen die Befürworter von Abschiebehaft: Wenn man Grenzen hat, wenn man Grenzkontrollen hat, wenn der Staat entscheidet, wer einreisen darf, wer bleiben darf, wer ausreisen muss, muss man auch Zwangsmittel haben, das durchzusetzen. Muss man Zwangsmittel haben, das durchzusetzen? Welche Zwangsmittel braucht man?

Lars Harms: Die Zwangsmittel bestehen ja, sie sind unabhängig von dieser Haftanstalt. Wir sind jetzt wieder bei der Ausreiseverfügung. Selbstverständlich hat ein Staat das Recht festzulegen, wen er dahaben will und wen er nicht dahaben will. Wir kennen das ja auch, wenn wir ausreisen: Dann nehmen andere Staaten sich auch das Recht, zu kontrollieren, welchen Pass ich denn habe. Das ist alles okay. Aber wichtig ist in unserem Staat, dass wir eine Willkommenskultur haben. Jeder, der unsere Gesellschaft bereichern kann, ist jemand, denn ich willkommen heißen. Nur derjenige, der sich hier unberechtigt aufhält und vielleicht auch keine eigene Integrationsleistung erbringen will, bei denen kann der Staat sich in der Tat Gedanken machen, ob er den Menschen hier haben will oder nicht. Aber das betrifft im Regelfall nicht die Flüchtlinge. Flüchtlinge möchte ich immer willkommen heißen, denn Flüchtlinge suchen sich das nicht zum Spaß aus herzukommen, sondern sie sind gezwungen zu fliehen und wir sollten sie mit offenen Armen empfangen. Das hat man auch mit Deutschen gemacht, als sie flüchten mussten. Das vergisst vielleicht der eine oder andere. Es ist die Aufgabe eines so reichen Landes wie unserem, Flüchtlinge willkommen zu heißen.

Der Schlepper: Wenn man im ersten Schritt die Haftbedingungen erleichtert, also Umschluss am ganzen Tag, die Möglichkeit Hobbys nachzugehen oder

Sport zu treiben, die Möglichkeit mit Rechtsanwälten Kontakt aufzunehmen – besteht dann nicht die Gefahr, dass irgendwann eine Mehrheit sagt, jetzt ist alles so human, jetzt ist es nicht mehr so dringend, Bundesrecht zu ändern und Abschiebehaft abzuschaffen?

Lars Harms: Das ist ganz eindeutig nicht der Fall. Leider sind die politischen Mehrheiten auf Bundesebene derzeit so, dass sich keine vernünftige Initiative umsetzen lässt, weil Schwarz-Gelb da völlig anders tickt, sehr anders als die schleswig-holsteinische Landesregierung in ihrer aktuellen politischen Konstellation. Allerdings darf man das Ziel nicht aufgeben. Ich finde, das Menschen nur dann in Haft gehören, wenn sie ein Verbrechen begangen haben. Flüchtlinge haben kein Verbrechen begangen, deshalb darf es auch keine Haft geben. Das war schon immer die Haltung des SSW, das wird sie auch bleiben. Wir werden auch innerhalb der Koalition diesen Gedanken vorantreiben, dass wir auf Bundesebene was ändern wollen. Aber ich mache mir auch keine Sorgen, dass die Kollegen von der Sozialdemokratie und den Grünen anders ticken könnten als wir, da sind wir auf der gleichen Linie.

Der Schlepper: Ihr seid der kleinste Koalitionspartner. Traust Du dich trotzdem, zeitliche Zusagen zu geben? Ab wann gibt es Hafterleichterungen? Wird es ein Gesamtkonzept geben, oder will man jeden Monat ein bisschen ändern?

Lars Harms: Wir sind jetzt schon dabei, die Haftbedingungen zu erleichtern. Schon jetzt sollen die dort Untergebrachten Handys gestellt bekommen. Damit die Problematik mit Fotohandys und der Privatsphäre nicht mehr besteht, bekommen sie reine Telefon-Handys. Damit können sie Kontakt mit ihren Verwandten und Bekannten aufnehmen, auch zum Rechtsanwalt, und zwar selbstständig, ohne dass man sich bei der Anstaltsleitung anmelden muss. Solche Dinge wollen wir fortführen. Wir wollen aber auch nicht vom Ziel ablassen, die Abschiebehaft komplett aufzugeben. Wir machen jetzt Schritte, um es den Leuten vor Ort zu erleichtern, aber das große Ziel bleibt, die Abschiebehaft komplett aufzugeben. Das ist das Ziel, an dem wir politisch arbeiten.

